

## **Das Engagement einer lebendigen Bürgergesellschaft kraftvoll weiterentwickeln**

In Deutschland engagieren sich bereits heute mehr als 23 Millionen Menschen ehrenamtlich und bereichern dadurch das soziale Miteinander und stärken den Zusammenhalt in unserem Land. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat sich in der Vergangenheit kraftvoll für die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements eingesetzt und wird dies auch künftig in den Mittelpunkt ihrer Politik stellen. Der Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement im Deutschen Bundestag hat sich in der laufenden Legislaturperiode mit den unterschiedlichsten Themenfeldern der Engagementförderung befasst und viele wichtige Vorhaben der Bundesregierung unterstützt. Mit Blick auf das Engagement der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland zeigt sich, wie vielfältig die Betätigungsfelder und gesellschaftlichen Überschneidungsbereiche im freiwilligen Engagement sind. Dies spiegelt sich auch in der Förderung des bürgerschaftlichen Engagements der Bundesregierung und der CDU/CSU-Bundestagsfraktion wider.

Zur Förderung einer lebendigen Bürgergesellschaft gehören z.B. die Unterstützung einer aktiven Bürgerbeteiligung, verstärkte Integrationsbemühungen oder die Unterstützung einer tiefergehenden Anerkennungskultur. Letzteres wurde durch den Deutschen Engagementpreis unterstrichen, gleichwohl die Initiativen vor Ort weit über diese symbolische Anerkennung hinausgehen müssen. Das Nationale Forum für Engagement und Partizipation mit den verschiedenen Dialogforen, wie auch verschiedene Informations- und Kommunikationsplattformen sind in Verbindung zur Stärkung einer aktiven Bürgergesellschaft weiterhin zu nennen. Zur Engagementförderung durch den Bund gehört ebenso der Aufbau strategischer Partnerschaften zwischen den verschiedenen Stakeholdern des Gemeinnützigkeitssektors. Hierdurch können gesellschaftliche Innovationen im Bereich des freiwilligen Engagements entstehen. Daraus leitet sich gleichsam eine institutionalisierte und engere Abstimmung der Ehrenamts politik zwischen dem Bund und den Bundesländern, eine verstärkte Kooperation mit Verbänden, Stiftungen, aber auch mit Wirtschaftspartnern und Sozialunternehmern ab. Die Nationale Engagement Strategie der Bundesregierung ist ein erster wichtiger und sinnvoller Schritt in diese Richtung und muss weiterverfolgt werden. Der europäische und internationale Vergleich macht zudem auf neue Formen und Möglichkeiten der Engagementförderung aufmerksam. Die Verknüpfungen zwischen Wirtschaft, hybriden Organisationsformen sowie jungen Sozialunternehmern mit traditionellen

Strukturen des bürgerschaftlichen Engagements können als eine große Chance für alle angesehen werden.

Hinsichtlich der künftigen Herausforderungen des bürgerschaftlichen Engagements heißt es für die Politik, wie auch für die Vereine, Stiftungen und Verbände, alle Generationen gleichermaßen anzusprechen und für eine Freiwilligentätigkeit zu gewinnen. Der demographische Wandel sollte als eine Chance verstanden werden. So steigt jener Anteil von Menschen stetig, die im Alter gesundheitlich fit sind und eine große Motivation für die Sache mitbringen. Die durch die Bundesregierung geförderten Freiwilligendienste stellen ein weitreichendes Angebot für junge und ältere Menschen dar. So besteht - z.B. mit den vom Auswärtigen Amt geförderten Programmen - die Möglichkeit, sich auch im Ausland für einen gemeinnützigen Zweck einzusetzen. Die ungebrochen hohe Nachfrage nach dem neuen Bundesfreiwilligendienst signalisiert der Politik, die Dienste und Stellen weiter auszubauen.

Die derzeitige Krise der Finanzwirtschaft innerhalb und außerhalb der Europäischen Union und die damit einhergehende wirtschaftliche Unsicherheit und Skepsis der Menschen gegenüber der europäischen Idee kann einen gravierenden Einfluss auf das bürgerschaftliche Engagement haben. Deutschland hat aber auch zeigen können, dass eine solch fundamentale Krise bewältigt werden und man sogar gestärkt aus ihr herausgehen kann. Neben den politischen Maßnahmen gegen die eigentlichen Ursachen der Krise können die Freiwilligendienste einen wichtigen Beitrag leisten, um das Vertrauen in die EU wiederherzustellen. Bei dem Auf- und Ausbau einer europäischen Identität und bei der Stärkung einer europäischen Gemeinschaft können die europäischen Freiwilligendienste und Initiativen eine zentrale Stellung einnehmen. An dieser Stelle sei weiterhin nur auf das Europäische Jahr der Freiwilligentätigkeit 2011 (EJF) oder das Europäische Jahr für aktives Altern und Solidarität zwischen den Generationen 2012 (EJ) hingewiesen.

Hinsichtlich der Verbesserung der politischen Rahmenbedingungen des bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland ist der Bundesregierung und der CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit dem „Gesetz zur Stärkung des Ehrenamts“ zuletzt ein umfassender Schritt gelungen. Hierdurch haben wir z.B. die Rechts- und Planungssicherheit für steuerbegünstigte Organisationen verbessert, Verfahrenserleichterungen bezüglich der Mittelverwendung ermöglicht, die Option zur Rücklagenbildung und Vermögenszuführung erweitert, die Haftungsrisiken für ehrenamtlich Tätige entschärft sowie die gesellschaftliche Anerkennung des

Ehrenamtes gestärkt. Neben vielen wichtigen Details ist weiterhin hervorzuheben, dass die Ehrenamtspauschale von 500 Euro auf 720 Euro und die Übungsleiterpauschale von 2.100 Euro auf 2.400 Euro angehoben wurde. Das Gesetz ist bereits vom Bundestag beschlossen und soll nach Abstimmung im Bundesrat rückwirkend zum 1.01.2013 in Kraft treten. Damit setzen die Bundesregierung und die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ein wichtiges Zeichen für eine stärkere gesellschaftliche Anerkennung des bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland.

In der Debatte um die Engagementförderung haben sich die Bildung, die Partizipation, die Selbstbestimmung und die Beteiligung im Internet (e-Partizipation, digitale Demokratie) zu wichtigen Schlüsselbegriffen herauskristallisiert. Das „Service-Learning“ - das Lernen und die Bildung durch Engagement - werden von vielen gemeinnützigen Organisationen aufgegriffen oder gar in den Vordergrund gestellt. Die Partizipation, die Selbstbestimmung und die politische Teilhabe sind daher ein Kernelement der Politik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Die genannten Schlüsselbegriffe überschneiden sich zudem in vielen aktuellen Entwicklungen, sodass eine klare Abgrenzung zunehmend schwieriger wird. Die politische Partizipation der Bürgerinnen und Bürger ist jedoch letztlich für eine gelebte Demokratie unersetzlich – unabhängig der verschiedenen Erscheinungsformen oder vielfältigen Muster. Die Aufgabe der Politik ist es daran anknüpfend, fördernde Rahmenbedingungen hierfür zu schaffen, die Chancengerechtigkeit und „Anschlussfähigkeit“ auszubauen und die Kommunikation zwischen Gesellschaft und Politik zu verbessern. Letzteres ist vor dem Hintergrund immer komplexerer politischer Themen von besonderer Relevanz. Dabei werden die (kommunikativen) Verbindungslinien und Austauschbeziehungen auch zwischen den einzelnen Gesellschaftsmitgliedern für den Zusammenhalt unseres demokratischen Gemeinwesens immer wichtiger, je mehr sich die Gesellschaft weiter ausdifferenziert, arbeitsteiliger organisiert ist und hinsichtlich der Herkunft vielfältiger wird. Die häufig betonte „Singularität“ in unserer Gesellschaft kann ein größeres Maß an Individualität, wie auch gleichzeitig eine Entfremdung und Abgrenzung vom sozialen Leben und Gemeinwesen bedeuten. Auch stellt der enorme technische und mediale Fortschritt uns als Gesellschaft vor die Herausforderung, mit den neuen Möglichkeiten und Freiheitsgraden verantwortlich umzugehen.

Die Formen und Mittel der politischen Partizipation sind vielfältig und mit dem technischen und medialen Fortschritt exponentiell gewachsen. Sie erleichtern eine engere Kommunikation zwischen diversen Akteuren und ermöglichen eine unmittelbare Rückkopplung z.B. mit den eigenen Mitgliedern einer gemeinnützigen Organisation oder den gewählten Volksvertretern. Abstimmungsplattformen, wie z.B.

Liquid-Feedback oder Doodle, sind als kommunikatives Instrument sehr hilfreich, ersetzen aber nicht den persönlichen Austausch zwischen den Nutzern, Teilnehmern, Mitgliedern oder Bürgern. In der Politik zeigt sich ebenso, dass ein direkter Kontakt zu den Wählerinnen und Wählern oder eine fachpolitische Auseinandersetzung und Diskussion durch nichts zu ersetzen sind. Auch reicht es hinsichtlich der Fraktion oder politischen Basis nicht aus (z.B. bei schwierigen politischen Entscheidungen), nur eine internetbasierte Diskussion zu starten oder sich auf das Votum einer webaffinen, selektiven und sich gerade im online-Modus befindenden Gemeinde zu stützen. Je nach technischer Struktur und Abstimmungsmodalität besteht bei digitalen Systemen die Gefahr, dass eine Entscheidung auf eine Ja-Nein-Option verkürzt wird, anstatt die Möglichkeit einer Konsensfindung oder inhaltlichen Anpassung zu bieten. Die digitale Gesellschaft ist und bleibt ein wichtiger, jedoch sicher nicht der einzige Teilbereich unserer Lebenswelt und besteht letztlich aus Menschen und ihrem Handeln. Die Chancen der neuen Medien für eine moderne Demokratie, eine gelebte Bürgergesellschaft und eine kreative Zivilgesellschaft wurden bislang von vielen gemeinnützigen Organisationen, wie auch insbesondere von den etablierten Parteien zu wenig genutzt. Diese Lücke heißt es zu schließen und auf die neuen Kommunikations- und Informationsgewohnheiten der Bürgerinnen und Bürger konstruktiv einzugehen. Was uns erfahrungsgemäß im Rahmen der politischen Partizipation verbindet, sind jedoch nicht vorrangig die (technischen) Mittel oder spezielle Medien, sondern letztlich die politischen Inhalte und Grundsätze. Beides heißt es zukünftig noch besser zu vereinen, um die Teilhabe und das Engagement aller Bürgerinnen und Bürger in Deutschland zu verbessern. Für etablierte und insbesondere für sich entwickelnde Demokratien können die neuen technischen Möglichkeiten ein Katalysator darstellen, um eine politische Teilhabe zu stärken und eine lebendige Bürger- und Zivilgesellschaft von innen heraus weiter zu entwickeln.

**Klaus Riegert**, MdB, sport- und ehrenamtspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion